

ABH e.V. – UNSER HAUS – Monatsrundbrief – 11/ 2019



News

Der Bundestag hat die im letzten Monatsrundbrief angekündigten Änderungen der DDR-Rehabilitationsgesetze am 24.10.2019 beschlossen. Näheres zu den Inhalten finden Sie in unserer kleinen Presseschau (im Anhang)

Internes aus UNSEREM HAUS

Veränderungen bei der Montagsberatung

Das Angebot der Montagsberatung „von und für Menschen mit Heimerfahrung“ erfährt ab November eine kleine **Änderung**. Wir bitten ab jetzt um eine **vorherige Anmeldung**, möglichst bis zum Donnerstag der jeweiligen Vorwoche (Anruf auf dem Anrufbeantworter unter 030 857 577 61 genügt!). Wenn Sie auch schon kurz angeben, worum es bei der Beratung gehen soll, können wir sicherstellen, dass für Sie am Montag die **passgenaue Beratung** zur Verfügung steht!

Aufruf zur Unterschrift

Petition (auf Bundesebene) zu Gunsten heutiger Heimkinder

Mit der Petition soll erreicht werden, dass die Kostenheranziehung (sog. 75% Regelung) nach § 94 Abs. 6 SGB VIII abgeschafft wird. Dieser Paragraph besagt, dass alle geldverdienenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus stationären Einrichtungen, Wohngruppen und Pflegefamilien 75% ihres Einkommens aus Ausbildung oder Nebenjob an den Staat abgeben müssen.

Diese Regelung demotiviert junge Menschen sich eine Ausbildungsstelle zu suchen oder einen Nebenjob anzunehmen, da sie für die geleistete Arbeit am Monatsende nicht denselben Betrag wie ein unter normalen Umständen wohnender junger Mensch erhalten würden.

Begründung:

Die jungen Menschen haben zur Finanzierung ihrer Hobbies, Interessen und Handyverträgen nur das gekürzte Einkommen oder ihr Taschengeld zur Verfügung, um dies zu bezahlen und erhalten keine finanzielle Unterstützung von Eltern oder Angehörigen, wodurch sie sich ungerecht behandelt fühlen. Da viele von ihnen gar keine Angehörigen haben, die sie unterstützen können, müssen die Heranwachsenden zukunftsentscheidende Dinge wie Führerschein, die erste eigene Wohnung und das Studium selbst finanzieren. Das Sparen hierfür ist aufgrund der oben genannten Ausgaben und des gekürzten Gehalts nicht so leicht. (...)

Wir, die Interessenvertretung "Jugend vertritt Jugend NRW" (JvJ NRW), fordern die Bundesregierung und das Bundesfamilienministerium dazu auf, die Kostenheranziehung nach § 94 Abs. 6 SGB VIII abzuschaffen und damit Jugendliche und junge Erwachsene aus stationären Erziehungshilfen mit denjenigen, die bei ihren Familien leben, gleichzustellen!

<https://www.openpetition.de/petition/online/abschaffung-der-kostenheranziehung-fuer-junge-menschen-in-stationaeren-einrichtungen>

Vorankündigung

Für **Samstag, den 7. Dezember**, werden wir zum diesjährigen **Adventscafé** einladen. Aus Platzgründen wird diese vorweihnachtliche Nachmittags-Veranstaltung aber nicht in der Pettenkoferstr. 32 stattfinden können sondern **in anderen Räumen (in der Nähe)**: im Café Maeggi, Frankfurter Allee 205, 10365 Berlin – (Nähe U-Bhf. Magdalenenstr. oder S-Bhf. Lichtenberg). Näheres in unserem Dezember-Rundbrief

UNSER HAUS - Monatsprogramm Nov. 2019 - korrigierte Fassung					
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa
					1
					2
				11-13 Uhr Telefonische Information und Beratung	
				16 – 18 Uhr – Liedernachmittag	
4	5	6	7	8	9
15-18 Uhr Montagsberatung – von und für Menschen mit Heimerfahrung (mit vorheriger Anmeldung)	11-13 Uhr Telefonische Information und Beratung	16.30 – 18.30 Malzeit im Stadtteilzentrum am Teutoburger Platz	10-12 Uhr Frühstückscafé	11-13 Uhr Telefonische Information und Beratung	ab 11 Uhr MAUERWANDERUNG Treffpunkt S-Bhf. Brandenburger Tor
	15-18 Uhr Offenes Café		13-15 Uhr Musikunterricht mit Detlef	15-18 Uhr Spielenachmittag	
11	12	13	14	15	16
15-18 Uhr Montagsberatung – von und für Menschen mit Heimerfahrung (mit vorheriger Anmeldung)	11-13 Uhr Telefonische Information und Beratung	16.30 – 18.30 Malzeit im Stadtteilzentrum am Teutoburger Platz	13-15 Uhr Musikunterricht mit Detlef	11-13 Uhr Telefonische Information und Beratung	
			16-17.30 Uhr Traumasensitives Yoga		
	15-18 Uhr Offenes Café		16 – 19 Uhr (M)ein Leibgericht – Grünkernbouletten usw.	16 – 18 Uhr – Liedernachmittag	
18	19	20	21	22	23
15-18 Uhr Montagsberatung – von und für Menschen mit Heimerfahrung (mit vorheriger Anmeldung)	11-13 Uhr Telefonische Information und Beratung	16.30 – 18.30 Malzeit im Stadtteilzentrum am Teutoburger Platz	10-12 Uhr Frühstückscafé	11-13 Uhr Telefonische Information und Beratung	
	15-18 Uhr Offenes Café		13-15 Uhr Musikunterricht mit Detlef	15-18 Uhr Spielenachmittag	
25	26	27	28	29	
14-16 Uhr Gewusst wie – mit Rechtsanwalt Dan Mechtel – Thema: Unterhaltsverpflichtungen (gegenüber Eltern ... etc.)	11-13 Uhr Telefonische Information und Beratung	16.30 – 18.30 Malzeit im Stadtteilzentrum am Teutoburger Platz	13-15 Uhr Musikunterricht mit Detlef	11-13 Uhr Telefonische Information und Beratung	
15-18 Uhr Montagsberatung – von und für Menschen mit Heimerfahrung (mit vorheriger Anmeldung)	15-18 Uhr Offenes Café	17-20 Uhr Doku-Mittwoch – Mauer geschichten aus Ost und West	16-17.30 Uhr Traumasensitives Yoga		

Kleine Presseschau

Pressemitteilung des SWR über eine Report-Sendung am 10. September 2019

Hunderte ehemaliger Kurkinder in der Bundesrepublik misshandelt und gequält "Report Mainz" am Dienstag, 10. September 2019

Kinder, die in den 60er bis 80er Jahren in der Bundesrepublik in sogenannte Kinderkurheime zur Erholung verschickt wurden, sollen teilweise gequält und misshandelt worden sein. Das zeigen Recherchen von "Report Mainz". Der Redaktion liegen ca. 250 Erlebnisberichte ehemaliger Kurkinder vor. Darin berichten diese von Drohungen und Schlägen, Erniedrigungen und Quälereien wie beispielsweise den Zwang, das eigene Erbrochene immer wieder essen zu müssen.

Solche Misshandlungen soll es bundesweit in den Kindererholungsheimen von der Nordsee bis nach Bayern und Baden-Württemberg gegeben haben. Gesammelt hat diese Berichte Anja Röhl, die eine Initiative ehemaliger "Verschickungskinder" gegründet hat.

"Das ging über zehn, zwanzig bis dreißig Jahre. Das betrifft Millionen Kinder und dieses muss aufgearbeitet werden", sagt Anja Röhl gegenüber "Report Mainz" und fordert "staatliche Hilfen". Diese sollten ähnlich organisiert sein wie der Fonds der ehemaligen Heimkinder.

Weitere Informationen: <http://x.swr.de/s/10tn>

Die Sendung in der ARD-Mediathek:

<https://www.ardmediathek.de/daserste/player/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgwbzExNTI1MTI/>

Bericht der Frankfurter Allgemeinen vom 25.09.2019

Bischöfe sprechen über höhere Entschädigungen für Missbrauchsoffer

Opfer von sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche können auf deutlich höhere Entschädigungszahlungen hoffen. Nachdem die Betroffenen-Initiative „Eckiger Tisch“ zwei Modelle bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) in Fulda vorgestellt hat, wollen die Würdenträger über eine Weiterentwicklung des bisherigen Systems beraten. Laut dem Vorschlag der Initiative sollen entweder pauschal 300.000 Euro pro Person gezahlt werden oder gestaffelt zwischen 40.000 und 400.000 Euro je nach Schwere des Leids.

Wie die Bischofskonferenz sich nun verhält, ist noch unklar. „Wir haben noch über keine Summe gesprochen“, sagte am Mittwoch Triers Bischof Stephan Ackermann, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Fragen des sexuellen Missbrauchs. Die Bereitschaft, Veränderungen vorzunehmen, sei aber vorhanden.

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/missbrauchsoffer-der-kirche-koennten-bald-mehr-geld-bekommen-16402275.html>

Artikel in der Sächsischen Allgemeinen über einen aktuellen Bundestagsbeschluss, der auch Auswirkungen auf ehemalige Heimkinder hat, bei deren Heimeinweisung politische Faktoren ausschlaggebend waren (24.10.2019):

SED-Opfer werden bessergestellt

Noch immer kämpfen viele Menschen aus der ehemaligen DDR um ihre Anerkennung als politisch Verfolgte. Der Bundestag hat nun Verbesserungen beschlossen.

Opfer politischer Verfolgung in der DDR werden bessergestellt. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag in Berlin ein Gesetz, mit dem die sogenannten Opferrenten erhöht und die Fristen für Anträge auf Rehabilitierung aufgehoben werden. Auch ehemalige Heimkinder werden bessergestellt.

Einkommensabhängige Ausgleichszahlungen für eine rechtsstaatswidrige Inhaftierung in der DDR steigen von 214 auf 240 Euro monatlich. Die SED-Opferrenten, die nur bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze gezahlt werden, erhöhen sich von 300 auf 330 Euro im Monat. Zugleich wird die Voraussetzung für eine solche Rente von mindestens 180 Tagen Haft auf 90 Tage Haft gesenkt.

Bisher können Betroffene Anträge auf strafrechtliche, berufliche oder verwaltungsrechtliche Rehabilitierung nur bis Ende dieses oder kommenden Jahres stellen. Drei Jahrzehnte nach dem Ende des SED-Unrechtsregimes gingen die Antragszahlen zwar zurück, doch sei die Rehabilitierung nicht abgeschlossen, heißt es im Gesetz. Daher werden die Fristen aufgehoben.

Menschen, die als Kinder oder Jugendliche aus politischen Gründen in Kinderheimen untergebracht oder in Jugendwerkhöfen umerzogen wurden, soll es erleichtert werden, ihre Ansprüche durchzusetzen. Das gilt auch für Menschen, die als Kinder in Heime kamen, weil ihre Eltern verfolgt und inhaftiert waren.

Ihre Rehabilitierung wird bislang vor allem durch das Fehlen von Unterlagen wie Jugendhilfeakten, aber auch das damals geringe Alter der Betroffenen behindert. Künftig sollen Gerichte die Verfolgung unter bestimmten Voraussetzungen einfacher feststellen können. Von 1949 bis 1989 gab es Schätzungen zufolge rund 300.000 unter 18-Jährige, die in der DDR Kinderheime oder Jugendwerkhöfe durchlaufen mussten.

Ausgleichsleistungen gibt es künftig auch für politisch verfolgte Schülerinnen und Schüler, die Nachteile in Ausbildung und Beruf hatten. Außerdem sollen Opfer staatlicher Zersetzungsmaßnahmen rehabilitiert und ihr Leid mit einer einmaligen Ausgleichszahlung von 1.500 Euro anerkannt werden.

Die Grünen erklärten, das Gesetz gehe in die richtige Richtung. Die Verbesserungen für ehemalige Heimkinder reichten aber nicht aus. Die zuständige Abgeordnete Monika Lazar sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd), die Rehabilitierung werde zwar vereinfacht, doch erhielten Betroffene, deren Anträge bereits abgelehnt worden seien, keine Möglichkeit, erneut einen Antrag zu stellen.

Es könne nicht sein, dass für diese Menschen gelte: "Wer zu früh kommt, den bestraft das Leben", sagte Lazar in der abschließenden Debatte und forderte die Bundesregierung auf, alle Gerechtigkeitslücken zu schließen. 29 Jahre nach der Wiedervereinigung müssten alle Opfergruppen anerkannt und berücksichtigt werden.

Abgeordnete aller Oppositions-Fraktionen hielten den Koalitionsfraktionen Union und SPD zugute, dass das Gesetz, das noch die damalige Justizministerin Katarina Barley (SPD) auf den Weg gebracht hatte, im Verlauf der parlamentarischen Beratungen deutlich verbessert worden sei. Grüne und Linke enthielten sich dennoch der Stimme, weil ihnen die Änderungen nicht ausreichen. Die AfD lehnte das Gesetz ab, außer Union und SPD stimmte auch die FDP zu.

Nach Angaben des Bundesjustizministeriums sind bis Ende vergangenen Jahres 82.570 Anträge auf die besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) gestellt worden. 41.665 Menschen bezogen zu diesem Zeitpunkt eine solche Rente. (epd)

<https://www.saechsische.de/sed-opfer-werden-bessergestellt-5132827.html>

Programmhinweise zu den nächsten DOKU-Mittwochs

Unser Doku-Mittwoch am **Mittwoch, dem 30.10.2019**, ist dem Thema **JUGENDWERKHOF** gewidmet.

Dabei haben wir die Chance, schwer zugängliche Filmdokumente zu sehen, darunter einen Film aus dem Jahr 1960, der die Jugendwerkhöfe aus DDR-offizieller Sicht beschreibt, sowie Ausschnitte aus einem 1982 gedrehten Film, der damals nach Verbot nicht gezeigt werden durfte.

Weitere Einblicke geben kurze Textausschnitte, darüber hinaus wird es möglich sein, mit Zeitzeugen zu sprechen, die als Jugendliche in Werkhöfe eingewiesen waren.

Ablauf:

Video: Jürgen Böttcher "Notwendige Lehrjahre" 1960

Text: Matthias Kühnhold "JWH Krassow 1960"

Video: Ausschnitt aus Roland Steiner "Jugendwerkhof Hummelshain" 1982

Video: Interview Ralph Weber "Vom JWH Hummelshain in den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau"

Text: Günter Nossol "Ankunft im GJWH Torgau"

Video: Interview mit einer ehm. Erzieherin aus dem JWH Burg

Text: Erinnerung an den JWH Burg von G.St. (Jahrgang 1949)

Video: Christian Sachse "Betrachtungsweisen der Jugendwerkhöfe"

Der Doku-Mittwoch am **Mittwoch, dem 27.11.2019**, ist als **ERZÄHLCAFÉ** zum Thema **„Mauergeschichten aus Ost und West“** geplant (siehe gesonderten Flyer).

Wir werden im Laufe des Monats November in Vorbereitung auf diesen Abend Besucher von UNSER HAUS ansprechen und nach Mauergeschichten fragen, die sie auf der Veranstaltung selbst erzählen könnten. Darüber hinaus wird es auch die Möglichkeit geben, sich auf der Veranstaltung spontan zu Wort zu melden.

Jana Johansson und Herbert Scherer

DIE BERLINER MAUER

VOM BAU BIS ZUM STURZ

VON DER ENDGÜLTIGEN TEILUNG BIS ZUR WIEDERVEREINIGUNG

AUF DEN SPUREN EINER LANG VERGANGENEN UND DER JÜNGSTEN ZEIT



UNSERE DIESJÄHRIGE MAUERWANDERUNG FINDET STATT

AM SAMSTAG, 9. NOVEMBER

TREFFPUNKT IST UM 11 UHR, S – BAHNHOF BRANDENBURGER TOR

Eine Wanderung auf dem Pfad des alten Mauerverlaufs vom *Brandenburger Tor* über den *Deutschen Reichstag*, ein Stück an der Spree entlang, vom *Hauptbahnhof* zur *Charité*, entlang des *Schiffahrtskanals* bis zur *Gedenkstätte Günter Liftin*, weiter zur *Chaussee-* und *Liesenstraße*, die *Gartenstraße* bis hin zum *Nordbahnhof*...

Unterwegs soll es immer wieder zwischendurch einen Halt geben, um Informationen zu den verschiedenen Stationen des Mauerwegs zu erhalten sowie auch Jedem/Jeder die Gelegenheit zum Erzählen einer Geschichte zu den Ereignissen zwischen der Zeit des **13. August 1961** und des **9. November 1989** zu ermöglichen.

Interessierte melden sich bitte bis spätestens Dienstag, den **3. November 2019** bei
Detlef Öhlschläger: 0179 / 188 08 06 oder per E-Mail: oehlschlaeger@heimerfahrung.berlin

(M)ein LEIBGERICHT – der etwas andere Kochkurs

Unsere kulinarische Reise geht weiter

am Donnerstag, dem 14.11. von 16 – 19 Uhr



Kann man halbreifen Dinkel essen? Ja, man kann! Nach heftigen Unwettern und einer drohenden Hungernot ursprünglich aus der Not heraus geboren, hat sich der sogenannte Grünkern mittlerweile zu einer festen Größe in der Lebensmittellandschaft entwickelt.

Zusammen mit Herbert und Michael werden wir uns zusammen anschauen wie man Grünkern in leckerer und nährhafter Weise auch im Alltag zubereiten kann. Im Anschluss wird es wieder süß und fruchtig.

Die Gerichte sind leicht und gut mit mehreren Leuten zusammen zuzubereiten.

Wie üblich gilt:

Jede/r ist herzlich willkommen!

Wer mitkochen möchte, sollte um 16 Uhr vor Ort sein.

Wer mehr am Essen als am Kochen interessiert ist, kommt ab 17 Uhr. 2 € als Unkostenbeitrag nehmen wir dankend entgegen.

Wer am Ende noch etwas von dem Essen mitnehmen möchte, sollte ein entsprechendes Gefäß mitbringen.



ACHTUNG! GEÄNDERTER TERMIN

Mo. 25.11. statt Mi., 06.11.

14 bis 16 Uhr, Pettenkoferstr. 32

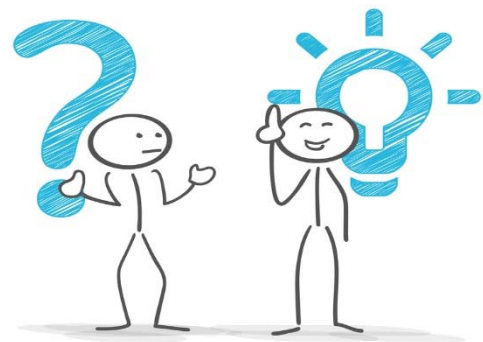


Gewusst wie! – Welche Rechte habe ich eigentlich, wenn

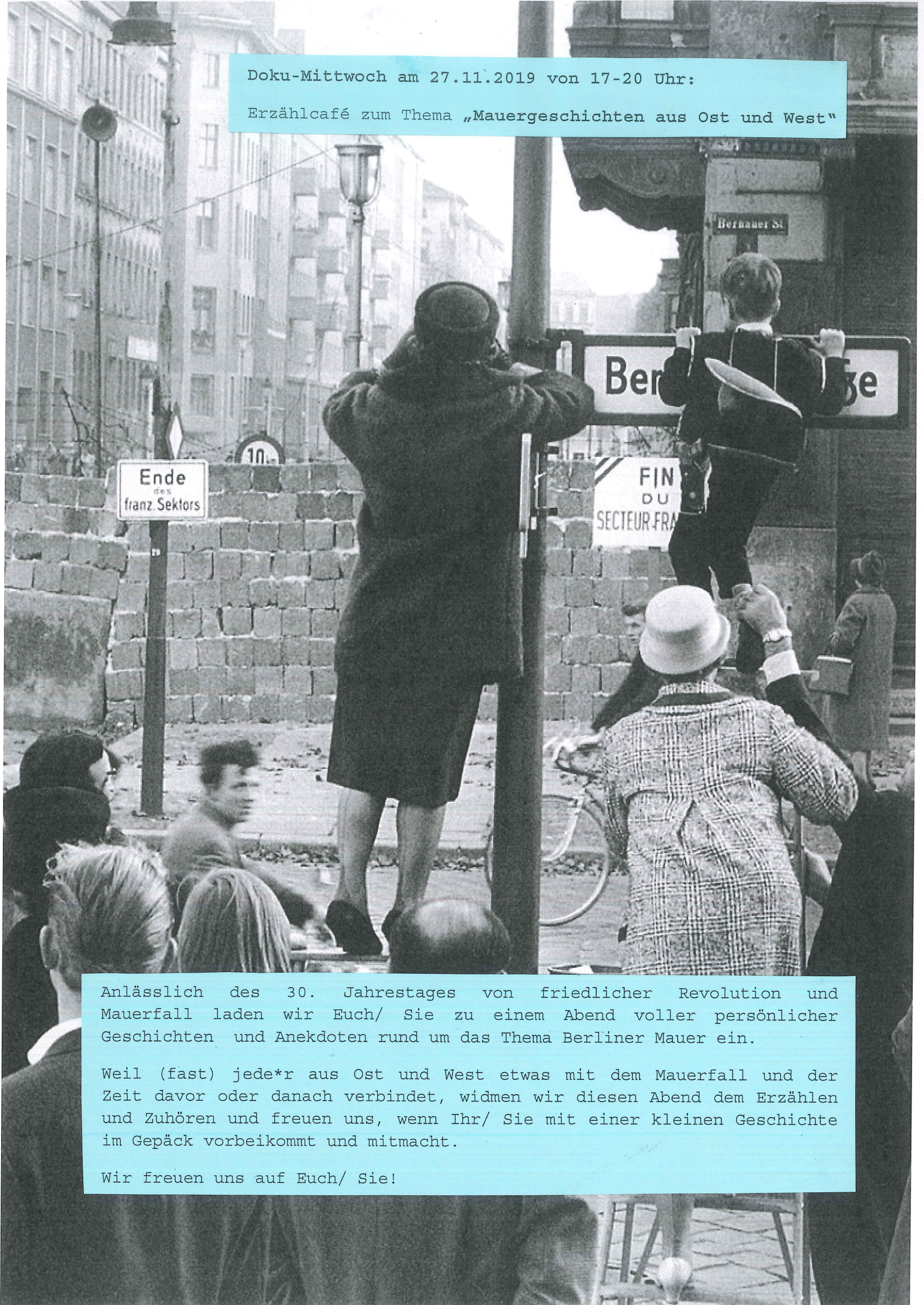
mir vom JobCenter eine **Eingliederungsvereinbarung** vorgelegt wird? Muss ich unterschreiben?

Was, wenn ich das nicht tue? Was, wenn ich mit den Inhalten nicht einverstanden bin? Kann ich mich gegen Sanktionierungen des Jobcenters wehren? Darf das Amt mich in die EU-Rente drängen? Was kann ich tun, wenn die Ausbildungszeiten im Heim nicht auf meine Rente angerechnet werden? Was muss ich beachten, wenn ich einem Bescheid – egal von welcher Behörde – widersprechen will? Die meisten von uns kennen das Gefühl, wenn ein Brief vom Amt kommt und auch beim dritten Mal lesen unklar bleibt, was genau das nun bedeutet. Oder es flattert eine Rückzahlungsaufforderung ins Haus, deren Berechnung nicht nachvollziehbar ist. Was kann ich in solchen Fällen konkret tun?

Einen kühlen Kopf zu bewahren ist immer eine gute Idee. Das geht aber viel leichter, wenn man jemanden fragen kann, der die Antworten auf solche Fragen kennt. Diese Möglichkeit gibt es in UNSERem HAUS am **25.11.2019 in der Zeit von 14 bis 16 Uhr**. Der **Rechtsanwalt Dan Mechtel (Sozial-, Verwaltungs- und Medizinrecht)** wird solche und ähnliche Fragen erläutern und konkrete Tipps geben. Bitte beachten, dass diese Veranstaltung keine juristische Einzelberatung ist, sondern so angelegt ist, dass Herr Mechtel die Fragen von allen Teilnehmenden aufgreifen wird, ein grundlegendes Verständnis der rechtlichen Hintergründe vermittelt und anschließend aufzeigt, welche Möglichkeiten konkret bestehen.



Eine weitere, in der Beratung immer wieder angesprochene Rechtsfrage betrifft viele Menschen mit Heimerfahrung: Bin ich zum **Unterhalt** für meine Eltern / Mutter / Vater oder für etwaige **Bestattungskosten verantwortlich**, auch wenn sie sich früher nicht um mich gekümmert oder ins Heim abgeschoben haben?



Doku-Mittwoch am 27.11.2019 von 17-20 Uhr:

Erzählcafé zum Thema „Mauergeschichten aus Ost und West“

Anlässlich des 30. Jahrestages von friedlicher Revolution und Mauerfall laden wir Euch/ Sie zu einem Abend voller persönlicher Geschichten und Anekdoten rund um das Thema Berliner Mauer ein.

Weil (fast) jede*r aus Ost und West etwas mit dem Mauerfall und der Zeit davor oder danach verbindet, widmen wir diesen Abend dem Erzählen und Zuhören und freuen uns, wenn Ihr/ Sie mit einer kleinen Geschichte im Gepäck vorbeikommt und mitmacht.

Wir freuen uns auf Euch/ Sie!